



DER EU-RUSSLANDGIPFEL IN SAMARA

■ VON DER REDAKTION	
Pfingstpause	2
■ ANALYSE	
Samara – Gipfel des Scheiterns?	2
Sabine Fischer, Paris	
■ DOKUMENTATION	
Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU	6
■ PRESSESTIMMEN	
Russische und deutsche Reaktionen auf den EU-Russland-Gipfel in Samara	11
<hr/>	
■ UMFRAGE	
Ausländische Kritik an der Menschenrechtslage in Russland	13
Die „Märsche der Nichteinverstandenen“	15
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 17. bis zum 24. Mai 2007	20



Von der Redaktion

Pfingstpause

In der Pfingstwoche erscheinen die Russlandanalysen nicht. Die nächste Nummer kommt am 7. Juni heraus und wird sich mit den russischen Plänen zum Pipelinebau zwischen Russland und Asien befassen.

Die Redaktion wünscht Ihnen ein frohes Pfingstfest

Matthias Neumann, Heiko Pleines, Henning Schröder

Analyse

Samara – Gipfel des Scheiterns?

Sabine Fischer, Paris

Zusammenfassung:

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind mit dem Gipfel in Samara an einem Tiefpunkt angelangt. Es ist nicht gelungen, das Bündel von Konflikten, die die Beziehungen komplizieren, durch einem politischen Kompromiss unschädlich zu machen. Gewiss betreffen viele der bilateralen Konflikte zwischen der EU bzw. einzelnen Mitgliedsstaaten und Russland Detailfragen, doch erwachsen sie aus profunden Kontroversen über Geschichtsdeutungen und Identitäten. Zudem stehen die Meinungsverschiedenheiten in einem globalen, strukturellen Kontext, der ebenfalls nicht zur Entspannung beiträgt.

Kulmination der Auseinandersetzungen

Es knirscht in den Beziehungen zwischen Russland und der EU. In den vergangenen zwölf Monaten scheinen alle Meinungsverschiedenheiten, von Auseinandersetzungen über demokratische und Menschenrechtsstandards, über Handelsbeziehungen und internationale Konflikte wie Kosovo und Iran bis hin zu Abrüstungsfragen, die man in den 15 Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mehr oder weniger eingehgt glaubte, wieder aufgebrochen zu sein. Die Rede von einem „neuen Kalten Krieg“ geistert durch die politische Debatte.

Vor diesem Hintergrund fand am 17./18. Mai der Russland-EU-Gipfel in Samara statt. Die deutsche EU-Präsidentschaft hatte ihre Russlandpolitik bereits im vergangenen Herbst darauf ausgerichtet, mit dem Gipfel die Verhandlungen über die Nachfolge des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen Russland und der EU zu beginnen. Ebenso wie die vorangegangene finnische Präsidentschaft musste sie dieses Anliegen jedoch begraben und hinnehmen, dass der Gipfel praktisch ohne greifbare Ergebnisse zu Ende ging. Lediglich in den Bereichen Handel und grenzüberschreitende Kooperation konnten geringfügige Fortschritte erzielt werden. Beide Seiten vereinbarten darüber hinaus die Schaffung eines Frühwarnmechanismus in den Energiebeziehungen. Vor und hinter den Kulissen wurde die Zusammenkunft jedoch von den zahlrei-

chen Streitpunkten bestimmt, die sich zwischen den Partnern angesammelt haben.

Russland und die EU in schwierigen Zeiten

Die gegenwärtige Blockade begann im September 2006, als die polnische Regierung im Europäischen Rat ihr Veto gegen die Vergabe des Verhandlungsmandats über das neue Abkommen mit Russland an die Europäische Kommission einlegte. Das polnische Veto bedeutete bereits eine Verzögerung des ursprünglichen Zeitplans für die Verhandlungen, die eigentlich während des Herbstgipfels in Helsinki eröffnet werden sollten. Polen begründete seine Haltung mit dem Einfuhrstopp, den die russische Regierung bereits im Herbst 2005 über Fleischprodukte aus Polen verhängt hatte. Die russische Seite argumentierte, die polnischen Fleischexporte entsprächen nicht russischen Hygienestandards. Polen hingegen warf Moskau vor, es handele sich bei dem Fleischembargo um einen Versuch, über Handelsbeziehungen politischen Druck auszuüben. Sowohl die EU-Institutionen in Brüssel als auch die deutsche Präsidentschaft bemühten sich um Vermittlung. Gleichwohl zeigte sich bis zum Gipfel weder die eine noch die andere Seite zu einem Kompromiss bereit.

In der Zwischenzeit wurde der „Fleischkonflikt“ jedoch von einer anderen Auseinandersetzung überlagert, welche die historische und Identitätsdimension der Beziehungen zwischen Russland und einigen

der mittelosteuropäischen EU-Staaten wesentlich deutlicher macht. Nachdem das estnische Parlament bereits im Januar ein Gesetz verabschiedet hatte, welches die Umbettung von im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten sowie die Versetzung von Kriegsdenkmälern erlaubte, schritt die estnische Regierung am 24. April 2007 zur Tat und ließ das Denkmal für die Gefallenen der Roten Armee im Stadtzentrum von Tallinn demontieren und auf einem Soldatenfriedhof außerhalb des Stadtzentrums wiedererrichten. Der „Denkmalstreit“ hat eine stark identitätsbezogene Dimension und ist ein Beleg dafür, wie sehr die Beziehungen zwischen Russland und den drei baltischen Staaten, aber auch anderen mittelosteuropäischen Ländern wie Polen oder Tschechien, von gegensätzlichen Geschichtsauslegungen und Identitätseurteilen geprägt sind.

In Russland bilden der Zweite Weltkrieg und der Siegeszug der Roten Armee nach wie vor zentrale Bausteine der nationalen Identität. Die Identifikation mit der Sowjetarmee als Befreierin Europas und der Welt vom faschistischen Terror ist ungebrochen in die post-sowjetische Phase der russischen Eigenstaatlichkeit übernommen worden, ohne dass bislang eine Staat und Gesellschaft umfassende, kritische Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Terror in der Sowjetunion vor und nach 1945 stattgefunden hätte. In vielen zentraleuropäischen, vor allem aber in den baltischen Staaten hingegen wird das Ende des Zweiten Weltkrieges in erster Linie mit dem Beginn der sowjetischen Besatzung und eben jenes stalinistischen Terrors gleichgesetzt. Was im historischen Diskurs der russischen Gesellschaft als Tag des Ruhmes gefeiert wird, gilt in den historischen Diskursen Estlands, Lettlands und Litauens als Anfang vom Ende der Eigenstaatlichkeit, und als Beginn des Leidens unter sowjetischer Fremdherrschaft. Diese unvereinbaren Geschichtsbilder liefern auch die Hintergrundfolie für das Verhalten beider Seiten im Streit um das Denkmal:

Dies ist jedoch nur die bilaterale Dimension des „Denkmalstreits“. In der Woche zwischen dem 24. April und dem 3. Mai strahlte der Konflikt zwischen Estland und Polen auf andere Ebenen der Russland-EU Beziehungen aus. Gemeinsam mit dem „Fleischkonflikt“ steht er darüber hinaus für Veränderungen in den strukturellen Grundlagen der Beziehungen, die sich nach der Erweiterung der EU und mit dem Wandel der russischen Außenpolitik entwickelt haben und nun spürbar werden.

Die Denkmalversetzung in Tallinn selbst rief in den europäischen Hauptstädten gespaltene Reaktionen hervor. Während sie auf einer poli-

tischen Linie beispielsweise mit dem polnischen Lustrationsgesetz liegt und in den mittelosteuropäischen Staaten mit Verständnis aufgenommen wurde, waren die Äußerungen mancher „alter“ EU-Mitglieder unter Verweis auf das Verhältnis zu Russland zurückhaltend bis kritisch. Die Krise führte zu einer Verschiebung in der Debatte um die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Während die polnische Regierung bis dato mit ihrem Veto weitgehend isoliert stand und für die Blockade der Verhandlungen gar kritisiert wurde, sprachen sich nun auch Estland und später Litauen für eine weitere Verzögerung des Prozesses aus. In Brüssel wurden darüber hinaus Stimmen laut, die die Konflikte zwischen Russland und einigen EU-Staaten mit anderen Bereichen der bilateralen Beziehungen, z.B. dem russischen WTO-Beitritt, in Zusammenhang bringen wollten.

EU-Politik im Wandel

Die Auseinandersetzungen über „Fleischkonflikt“, „Denkmalstreit“, den WTO-Beitritt und den Gipfel von Samara spiegeln strukturelle Veränderungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU. Diese sind auf den Wandel sowohl der russischen als auch der EU-Außenpolitik zurückzuführen.

Die östliche Dimension der EU-Außenpolitik hat seit der Erweiterung im Jahr 2004 deutliche Akzentverschiebungen erfahren, die sich in den letzten 12 Monaten immer deutlicher bemerkbar gemacht haben. Vor 2004 teilten sich die EU-Mitglieder mit Blick auf Russland grob in zwei Gruppen: Solche, die, wie die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, die wirtschaftlichen Beziehungen pragmatisch in der Vordergrund rückten und trotz autoritärer Tendenzen für eine engere Einbindung Russlands eintraten; und solche, wie z.B. Großbritannien, welche antidemokratische Tendenzen der russischen Politik und Menschenrechtsverletzungen anprangerten und – ohne allerdings viel Wirkung zu erzielen – zu einer härteren Gangart Moskau gegenüber neigten. Keiner der „alten“ EU-Staaten verknüpfte mit Russland jedoch eine unmittelbare Sicherheitsbedrohung, weshalb die Debatte über die Beziehungen zu Russland kaum von klassischen sicherheits- oder geopolitischen Motiven geprägt war. Dies änderte sich mit dem Beitritt der baltischen Staaten, Polens und Tschechiens. Diese Staaten und Gesellschaften blicken auf eine hochproblematische und noch kaum verarbeitete Geschichte mit Russland bzw. der Sowjetunion zurück und ziehen aus ihr Schlüsse, die zu einer äußerst kritischen Haltung Moskau gegenüber und zu einer Politik der „Eindämmung“ russischen Einflusses in Europa

führen. Dies äußert sich seit 2004 auf zwei Ebenen: Zum einen in einer wesentlich aktiveren Politik gegenüber den Staaten in der so genannten „Grauzone“ zwischen den neuen EU-Ostgrenzen und Russland, und zum anderen in einer ungleich kompromissloseren Haltung in den bilateralen Beziehungen mit Moskau (sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene). Die „Orangene Revolution“ bedeutete den neuen EU-Mitgliedern ein Möglichkeitsfenster für die Demokratisierung eines Schlüsselakteurs in dieser „Grauzone“, seine direkte Anbindung an die EU und damit eine elementare Verbesserung ihrer eigenen Sicherheitslage. Deshalb traten vor allem Polen und die drei baltischen Staaten vehement und mit sichtbarem Erfolg für eine entschlossene Parteinahme der EU in den ukrainischen Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftswahlen ein. Die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine seit den Parlamentswahlen im März 2006 sowie das Erlahmen des ukrainischen Versuchs, demokratisierungs- und integrationswillige Staaten um Kiew zu sammeln und dem russischen Einfluss zu entziehen, berauben die „regionale Eindämmungspolitik“ gegenüber Russland derzeit ihrer Grundlage. Auf der bilateralen Ebene der Russland-EU-Beziehungen jedoch ist die Position der neuen Mitgliedsstaaten seit dem polnischen Veto so sichtbar geworden wie nie zuvor. Mit der Erweiterung von 2004 hat die Russlandpolitik der EU also eine starke, historisch geprägte, sicherheitspolitische Komponente erhalten, welche neben die beiden bislang dominanten Herangehensweisen an die Beziehungen zum großen Nachbarn im Osten getreten ist und bereits mehrmals den Verlauf von Ereignissen deutlich sichtbar (mit)bestimmt hat. Sie wird die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel auch weiterhin prägen und je nach Situation die Spannungen zwischen den beiden Seiten verschärfen.

Russland – Emphase auf bilateralen Beziehungen?

Auch die russische Außenpolitik hat in den vergangenen Jahren deutliche Wandlungen erfahren. Die Debatte über das neue russische Selbstbewusstsein als globaler Akteur, „Energiegroßmacht“ und Machtzentrum in einer multipolaren Welt soll an dieser Stelle nicht ausführlich referiert werden. Wichtig erscheint jedoch das sich verändernde Bild der EU, welches den Ausgangspunkt der russischen EU-Politik bildet. Das außenpolitische Konzeptpapier, welches Ende März auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde und als „außenpolitisches Vermächtnis“ des russischen Präsidenten gilt, wirft ein scharfes Schlaglicht auf die derzeitige Perspektive

Russlands auf die EU. Zwar gilt die EU nach wie vor als wichtigster Wirtschaftspartner, doch setzt das Papier einen eindeutigen Schwerpunkt bei den bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Staaten – vornehmlich denen, welche innerhalb der EU eine pragmatische Russlandpolitik verfolgen und gleichzeitig Russlands wichtigste Wirtschaftspartner sind. Damit hat sich das EU-Bild im offiziellen außenpolitischen Diskurs offensichtlich ein weiteres Mal verschoben. Während die Moskauer Elite die EU in den 1990er Jahren kaum als eigenständigen Akteur auf der internationalen Bühne wahrgenommen hatte, setzte Putin Anfang dieses Jahrzehnts einen neuen Akzent, indem er den wirtschaftlichen *und* politischen Beziehungen mit der EU oberste außenpolitische Priorität einräumte. Gleichzeitig schärfte die EU mit der Entwicklung der GASP und den Vorbereitungen zur Osterweiterung ihr außenpolitisches Profil. Darüber hinaus gewann sie im post-sovjetschen Raum – und damit in Russlands unmittelbarer Umgebung – rapide an Bedeutung. Für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren schien die politische Elite in Moskau sich darauf einzustellen, dass die supranationalen Institutionen in Brüssel neben den Kapitalen der EU-Staaten ein eigenständiges Gewicht als Verhandlungspartner haben könnten. Dieser „Lernprozess“ scheint heute zum Stillstand gekommen zu sein. Dies hat nicht zuletzt mit EU-internen Entwicklungen zu tun, allen voran mit der „Verfassungskrise“ und mit der oben bereits beschriebenen Ausdifferenzierung – und damit Verkomplizierung, Verlangsamung und teilweise Lähmung von EU-Außen- und Russlandpolitik. Ein weiteres Bündel von Erklärungsfaktoren findet sich in Moskaus neuem Selbstverständnis als Machtpol in einer multipolaren Welt, der mit größtmöglicher Eigenständigkeit agieren muss. Die Harmonisierung von Werte- und Normsystemen, die einen identitären Kern der EU-Außenpolitik bildet, steht in klarem Widerspruch zu einem solchen Selbstverständnis. Schließlich spielt die veränderte Wahrnehmung der internationalen Beziehungen eine Rolle, in denen die USA kontinuierlich an Gestaltungskraft verlieren, wodurch sich der Handlungsspielraum Russlands als aufsteigender Macht erweitert. Diese Wahrnehmungen verstärken sich gegenseitig. Sie schwächen aus dem Moskauer Blickwinkel die EU als supranationalen Akteur und stärken den Bilateralismus als maßgeblichen Ansatz der russischen EU-Politik.

Schwieriger Kontext

Diese Prozesse werden durch globale Entwicklungen im Umfeld von Russland und EU verstärkt. Drei Momente sind hier hervorzuheben: Zum

einen haben die USA im Zusammenhang mit dem internationalen Kampf gegen den Terror ihr Engagement auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion wesentlich verstärkt – und damit zunehmend russisches Missfallen hervorgerufen. Zweitens blickt Moskau mit äußerster Skepsis auf die engen bilateralen Beziehungen einiger neuer EU-Mitglieder zu den USA. Die Debatte über die Stationierung von Teilen eines global angelegten US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien hat dies einmal mehr verdeutlicht, indem sie sowohl die historisch basierten Konflikte zwischen Russland und den neuen EU-Mitgliedern, als auch die Fragmentierung der EU in ihren Beziehungen zu Russland verschärfte. Schließlich hat die globale Komponente der Beziehungen zwischen Russland und der EU auch eine bedeutsame russische Dimension: die gewandelte russische Sichtweise auf die EU sowie die internationalen Beziehungen insgesamt geht einher mit dem zunehmenden Bestreben – und der zunehmenden Bereitschaft –, sich auf globaler Ebene mit den USA zu messen. Nachdem die USA, die den Fokus der Jelzin'schen „Westpolitik“ gebildet hatten, kurzzeitig von der EU abgelöst worden zu sein schienen, kehrt die russische Außenpolitik derzeit zu einem USA-first Ansatz zurück, der jedoch nicht mehr in erster Linie auf Kooperation ausgerichtet ist und keine Rücksichten auf die transatlantischen Beziehungen der EU nimmt. Globale Konflikte, in denen Russland und die USA konträre Positionen beziehen (aus der langen Liste seien hier nur Kosovo, Iran und das Raketenabwehrsystem genannt), strahlen damit unmittelbar auf die Russland-EU-Beziehungen aus.

Nach Samara – kein Scheitern der Russland-EU Beziehungen

Der Gipfel von Samara bedeutet kein Scheitern der Russland-EU-Beziehungen. Auch die Rede von einem neuen „Kalten Krieg“ ist vollkommen verfehlt. Schon die in den vergangenen 15 Jahren gewachsene Interdependenz zwischen Russland und den westeuropäischen Staaten, aber auch den USA, lässt im Kontext der Globalisierung eine neuerliche

gegenseitige Isolation als politische Option nicht zu. Schließlich ist die gegenwärtige nicht die erste, möglicherweise auch nicht die schwerste Krise seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Erinnert sei hier an das Zerwürfnis zwischen Moskau und dem „Westen“ während des Kosovo-Krieges 1999 – das übrigens durch Putins pragmatisches Agieren vor und nach dem 11. September 2001 beendet wurde. Gleichwohl befindet sich das gegenseitige Verhältnis in einer Phase konflikthafter Stagnation. Vor den russischen Präsidentschaftswahlen im März 2008 ist kaum mit neuer Dynamik zu rechnen.

Bewegung – besonders positive – in den Russland-EU-Beziehungen ist jedoch außerdem von einer ganzen Anzahl weiterer Faktoren abhängig. So muss Moskau seine Beziehungen mit den zentraleuropäischen EU-Staaten klären und auf eine konstruktive Basis stellen. Die Vorgeschichte und der Verlauf des Gipfels von Samara haben gezeigt, dass der Einfluss der neuen Mitglieder ausreicht, um ein von Russland – und möglicherweise auch den „alten“ Mitgliedsstaaten – gewünschtes Ergebnis zu blockieren. Russland hat den Spielraum seiner auf Bilateralismus beruhenden Politik für dieses Mal überschätzt und läuft Gefahr, dies in Zukunft wieder zu tun. Gleichzeitig setzen konstruktive Beziehungen beiderseitige Offenheit und Kompromissbereitschaft voraus.

Die EU der 27 muss intern klären, welche Art von Beziehungen bzw. Partnerschaft sie mit Russland will. Dies ist nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Die EU muss auch erkennen, wie beschränkt ihre Einflussmöglichkeiten auf innenpolitische Entwicklungen (nicht nur) in Russland sind, und diese Erkenntnis in ein Verhältnis zu ihren Zielen und ihrer Vorgehensweise setzen. Ein weiterer Schlüssel für die Entwicklung der Beziehungen liegt in der angesprochenen transatlantischen Komponente. All dies sind mindestens mittelfristige Prozesse; schnelle Lösungen sind nicht in Sicht. Keine der beiden Seiten kann es sich jedoch leisten, sich abzuwenden. Die Kooperation zwischen Russland und der EU wird sich deshalb weiterentwickeln – wenn auch für absehbare Zeit deutlich langsamer und konfliktrichtiger.

Über die Autorin:

Dr. Sabine Fischer ist Senior Research Fellow am EU Institute for Security Studies in Paris.

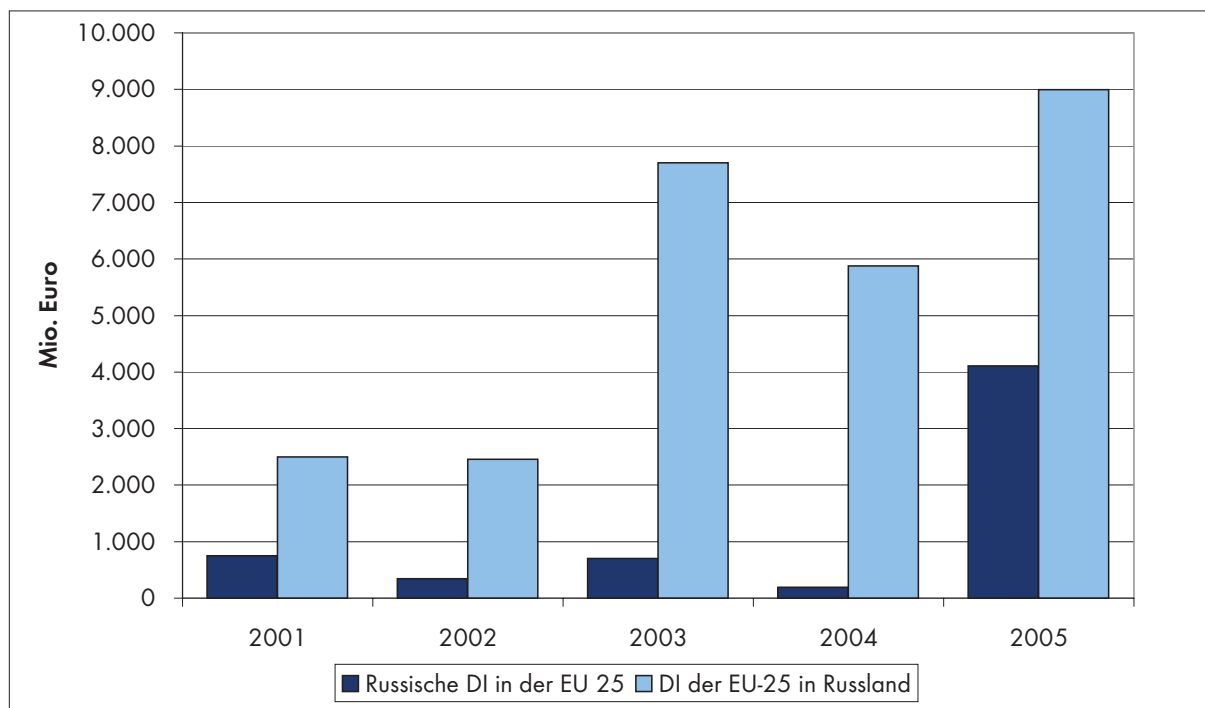
Lesetipps

- Kimmo Elo: Die deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige Strategie oder Handeln im Interesse Europas? KAS Zukunftsforum Politik, Nr. 71, St. Augustin März 2006
- Sabine Fischer: Die EU und Russland. Konflikte und Potenziale einer schwierigen Partnerschaft, SWP Studie 34/2006.
- Sergei Prozorov: Understanding Conflict between Russia and the EU. The Limits of Integration, Palgrave: Basingstoke 2006

Dokumentation

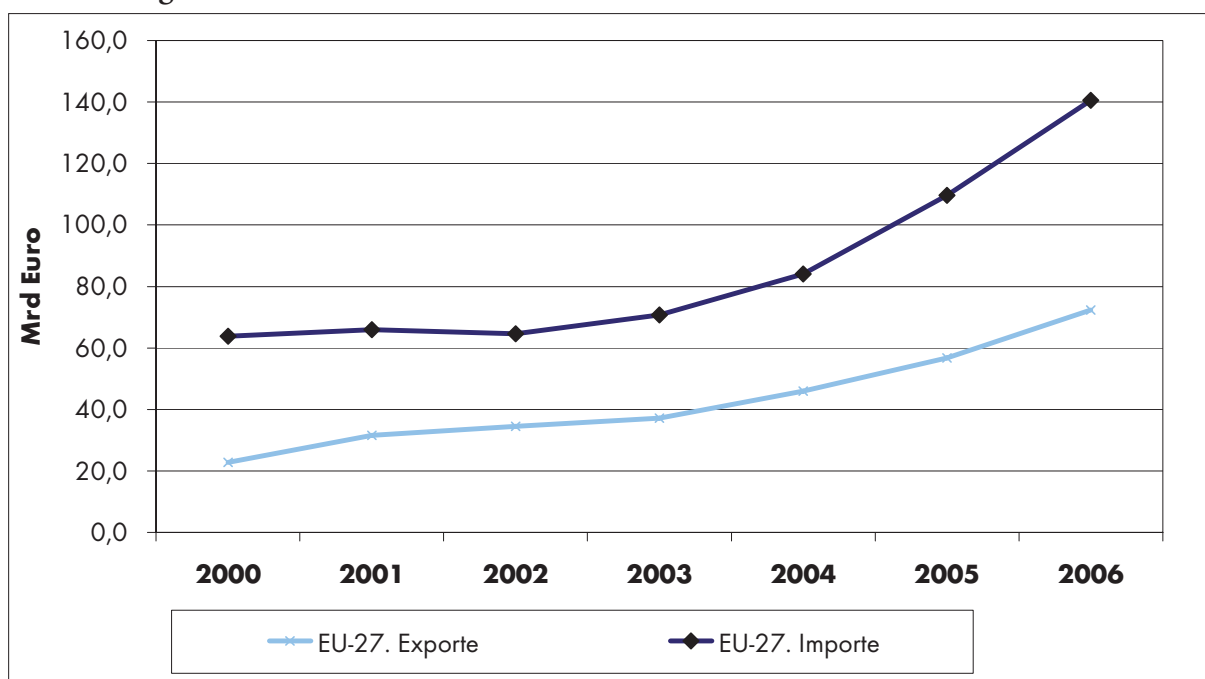
Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU

Direktinvestitionen zwischen der EU-25 und Russland 2001 bis 2005 in Mio. Euro



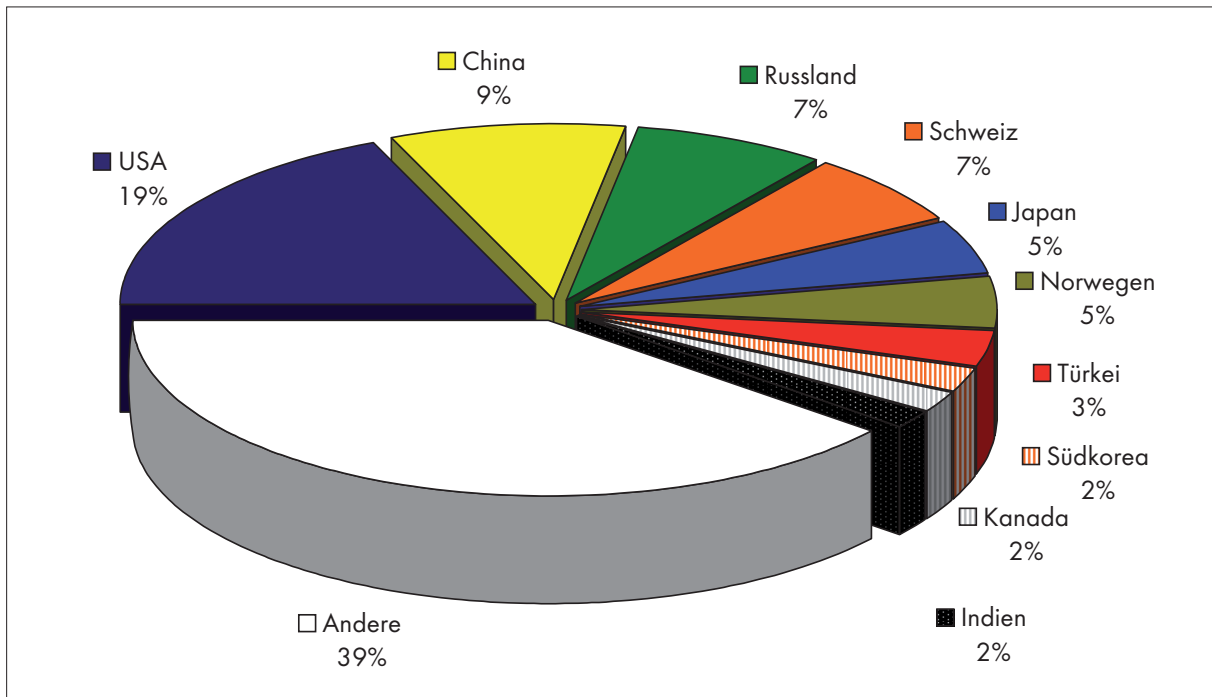
Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453,60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#, 24. Mai 2007

Entwicklung im Handel EU – Russland 2000–2007



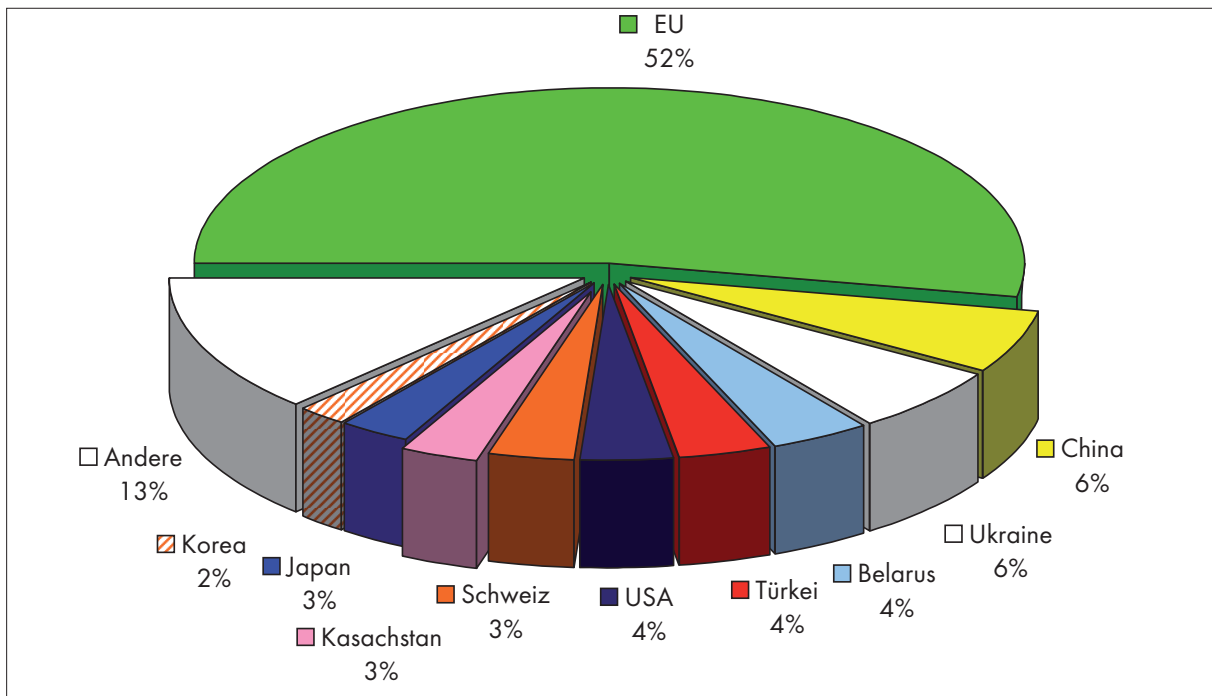
Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453,60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#, 24. Mai 2007

Die zehn wichtigsten Handelspartner der EU



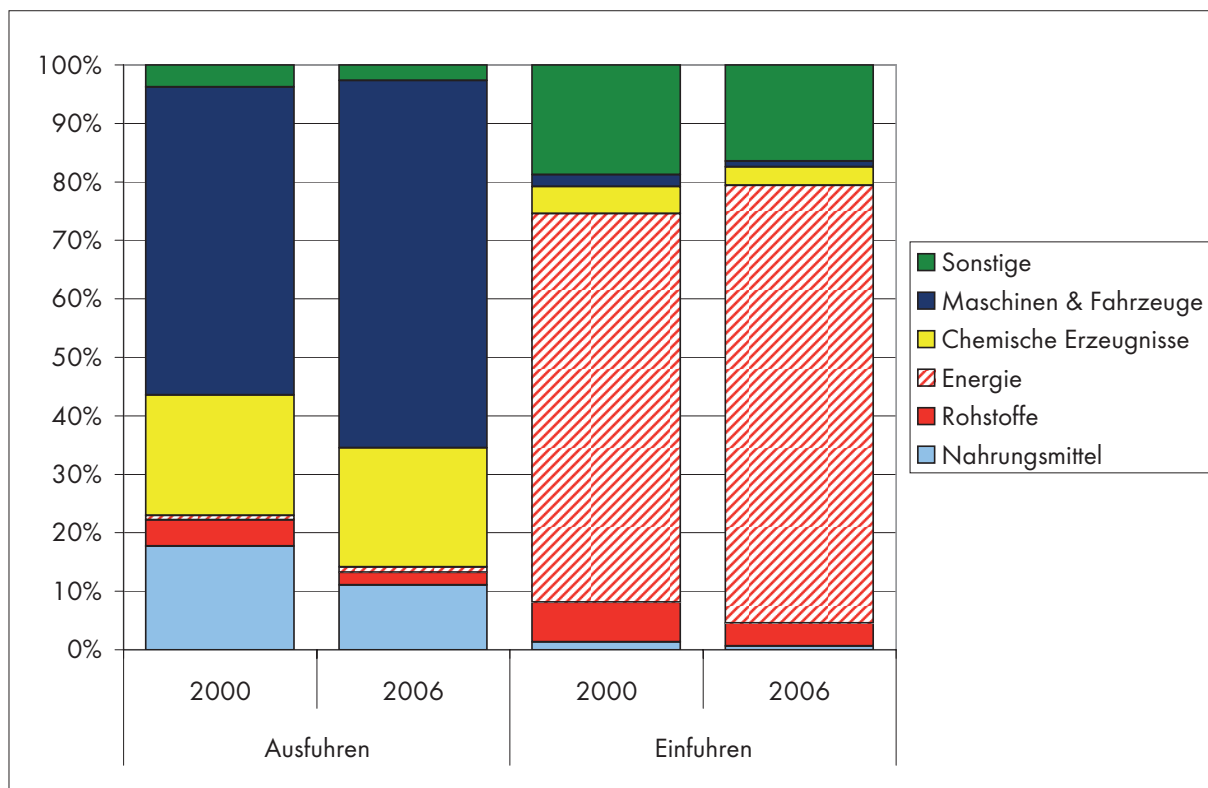
Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Die zehn wichtigsten Handelspartner Russlands



Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Handel der EU-27 mit Russland nach Produkten



Handel der EU27 mit Russland nach Produkten (in Mio. Euro)

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
Insgesamt	22.738	72.360	63.777	140.586	-41.039	-68.226
Grundstoffe:	3.652	7.560	40.172	99.772	-36.519	-92.213
Nahrungsmittel	2.823	5.911	727	796	2.096	5.115
Rohstoffe	708	1.183	3.652	4.889	-2.944	-3.706
Energie	121	466	35.793	94.087	-35.671	-93.621
Industrieerzeugnisse:	18.483	63.378	13.487	20.138	4.996	43.240
Chemisch Erzeugnisse	3.280	10.911	2.519	4.010.761	6.901	
Maschinen & Fahrzeuge	8.381	33.576	1.074	1.194	7.308	32.382
Andere Erzeugnisse	6.822	18.892	9.895	14.934	-3.072	3.958
Sonstige	602	1.423	10.118	20.676	-9.516	-19.253

Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453,60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#,
24. Mai 2007

Dienstleistungsverkehr* der EU25 mit Russland (in Mio. Euro)

	Kredit			Debet			Saldo		
	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Insgesamt	9.094	11.444	13.084	6.800	8.125	9.892	2.294	3.320	3.191
davon:									
Transportleistungen	2.324	2.899	3.116	2.708	3.486	4.610	-384	-587	-1.494
Reiseverkehr	2.241	2.529	3.034	1.772	1.863	2.062	469	666	973
Sonstige Dienstleistungen	4.355	5.884	6.606	2.309	2.766	3.094	2.047	3.118	3.511
davon:									
Kommunikationsleistungen	130	149	229	130	184	230	0	-35	-2
Bauleistungen	622	810	466	412	434	257	210	376	208
Versicherungsdienstleistungen	92	91	109	59	89	169	33	2	-60
Finanzdienstleistungen	556	722	903	89	115	173	467	606	729
EDV- u. Informationsleistungen	310	500	679	32	39	59	278	461	620
Patente und Lizenzen	125	216	106	22	16	6	103	200	100
Sonstige unternehmensbez. Dienstleistungen	2.362	3.138	3.844	1.440	1.756	2.063.922	1.381	1.782	
Dienstleistungen für pers. Zwecke, Kultur u. Freizeit	42	122	112	29	34	40	13	88	72
Regierungsleistungen, sonstige	116	137	157	95	98	97	21	39	62
Extra-EU25 insgesamt	372.620	406.292	449.688	325.044	349.357	382.544	47.576	56.935	67.144
Russland / Extra-EU25 insgesamt	2,40%	2,80%	2,90%	2,10%	2,30%	2,60%			

* Daten für 2006 sind vorläufig

Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453,60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#, 24. Mai 2007

Handel der EU27 und der Mitgliedstaaten mit Russland (in Mio. Euro)

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
EU27	22.738	72.360	63.777	140.586	-41.039	-68.226
Belgien	944	2.752	1.614	4.670	-670	-1.918
Bulgarien	129	164	1.641	400	-1.512	-235
Tschech. Rep.	420	1.504	2.260	4.224	-1.840	-2.721
Dänemark	542	1.275	419	829	123	446
Deutschland	6.660	23.132	14.263	29.023	-7.603	-5.890
Estland	82	605	391	1.387	-310	-782
Irland	179	284	11	69	168	215
Griechenland	269	441	1.185	3.536	-916	-3.094
Spanien	578	1.452	2.412	7.157	-1.834	-5.705
Frankreich	1.838	4.701	4.501	9.423	-2.662	-4.722
Italien	2.521	7.639	8.336	13.592	-5.815	-5.953
Zypern	7	17	160	43	-153	-26
Lettland	85	561	402	733	-317	-172
Litauen	238	1.435	1.544	3.758	-1.306	-2.322
Luxemburg	21	118	18	123	3	-5
Ungarn	496	1.617	2.809	5.118	-2.313	-3.501
Malta	0	2	12	2	-12	0
Niederlande2	1.796	5.576	3.901	17.018	-2.105	-11.441
Österreich	711	2.467	1.132	2.076	-421	391
Polen	943	3.768	5.019	9.656	-4.077	-5.888
Portugal	17	108	248	649	-231	-541
Rumänien	97	299	1.218	3.213	-1.121	-2.914
Slowenien	210	779	251	367	-41	412
Slowakei	115	547	2.346	4.027	-2.231	-3.479
Finnland	2.174	6.200	3.471	7.663	-1.296	-1.463
Schweden	601	1.929	958	3.789	-357	-1.860
Ver. Königreich	1.066	2.988	3.256	8.041	-2.190	-5.054
Extra-EU27 insgesamt	859.416	1.168.422	1.009.723	1.409.208	-150.307	-240.786
Russland insgesamt	2,60%	6,20%	6,30%	10,00%		

Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453.60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#_24_Mai.2007

Pressestimmen

Russische und deutsche Reaktionen auf den EU-Russland-Gipfel in Samara

Der Gipfel hat gezeigt: Es liegt nicht an Russland. Von Konstantin Kosatschew

(Der Autor ist Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen des russischen Parlaments.)

[...] Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich die Gipfeltreffen der führenden Politiker Russlands und der wichtigen westlichen Staaten zunehmend ähneln: eine angespannt nervöse Stimmung im Vorfeld in Erwartung von sensationellen Ausbrüchen und Skandalen, dann geschäftsmäßige Gespräche und kleine, aber beständige Fortschritte im Rahmen eines „langweiligen“ Ergebnisses. [...]

Im Mai 2007 wurde offensichtlich: Es liegt nicht an Russland. Der russische Präsident konstatierte sinngemäß genau dieses auf der Pressekonferenz am 18. Mai, als er sein „Verständnis und Mitgefühl“ für die Probleme der erweiterten Europäischen Union zum Ausdruck brachte. Damit gab er gleichzeitig zu verstehen, dass Russland beim besten Willen diese Probleme nicht für Brüssel lösen kann. [...]

Aber der Gipfel hat gezeigt: Selbst wenn die „Saboteure“ ihre Taktik für erfolgreich halten, „zieht die Karawane doch weiter“, gezogen von einer so starken Kraft wie objektiven Interessen. [...]

Quelle: *Iswestija (Moskau)*, 21. Mai 2007 <<http://www.izvestia.ru/comment/article3104283/>>

Die zweitbeste Lösung

Der vergangene Russland-EU-Gipfel in Samara war der unproduktivste und, ehrlich gesagt, der für alle Seiten überflüssigste. Wenn es möglich gewesen wäre, ihn auf irgendeine Weise zu vermeiden, ohne weltweit Millionen negativer, apokalyptischer Kommentare zu provozieren, so wäre er auf jeden Fall abgesagt worden. [...]

Die Erweiterung der EU mit der Übertragung aller Rechte der alten Mitglieder auch auf alle neuen Mitglieder hat zur aktuellen Krise geführt. Polen mit dem Fleisch, Litauen mit der Erdölpipeline aus Russland, Estland mit dem Denkmal – das sind die Probleme die die letzten Monate dominierten und die es nicht erlaubt haben, eine Tagesordnung für den Gipfel zu erstellen und Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufzunehmen. [...]

Als Angela Merkel im letzten Jahr bestimmt, aber ohne Hysterie und Belehrungen den Vorschlag Wladimir Putins ablehnte, Deutschland zur Drehscheibe russischer Erdgasexporte zu machen, hat fast niemand darauf geachtet, dass wir Zeugen eines Konfliktes zweier Prinzipien wurden. Die Deutschen haben ihren wirtschaftlichen Vorteil aufgegeben zugunsten gesamteuropäischer Solidarität und einer Demonstration der Einheit europäischer Werte. [...]

Es ist offensichtlich, dass die alten europäischen Politiker nicht einfach durch neue Politiker ersetzt worden sind, sondern durch Vertreter einer neuen Politik, die auf Solidarität mit allen EU-Mitgliedern setzt, unabhängig vom Beitrittsdatum und vom Umfang des BIP. Die neuen Mitglieder haben noch nicht die Weisheit der alten und stellen ihre nationalen Interessen über die gemeinsamen Interessen der EU. Aber die Interessen der EU insgesamt in ihrer Beziehung zu Russland gehen von der Notwendigkeit aus, auf einem Kontinent gemeinsam leben zu müssen, so viele gemeinsame Räume der Kooperation wie möglich zu schaffen. [...]

Quelle: *Nesavisimaja Gaseta (Moskau)*, 21. Mai 2007 <http://www.ng.ru/editorial/2007-05-21/2_red.html>

Die kleine Freiheit. Von Johannes Voswinkel

Wer am großen Springbrunnen von Samara den Kopf hob, konnte auf den Dächern der umliegenden Häuser Gestalten mit Ferngläsern erkennen. Uniformierte Polizisten hatten die Straßen fast vollständig abgeriegelt. In der Nähe standen Gruppen junger Männer in betont legerer Sommerkleidung und warteten sichtbar auf Einsatzbefehle. Am Springbrunnen wehten schwarz-gelb-weiße Fahnen der Organisation „Anderes Russland“. Der harte Kern der Oppositionellen, die sich zur Demonstration versammelten, stammte aus Moskau und gehörte der mittlerweile verbotenen Nationalbolschewistischen Partei an. Ein Betrunkener torkelte gekonnt vor die Fernsehkameras und forderte allgemeines Kopfablagen, bis ihn die Umstehenden als Provokateur zur Seite drängten. Spannung lag in der Luft am Freitagnachmittag vor diesem „Marsch der Dissidenten“, dem ersten seit Langem, den die Behörden in Russland nicht verboten hatten.

Die Erlaubnis verdankten die Organisatoren des Marsches dem EU-Russland-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft ganz in der Nähe. Prügelbilder der Polizei hätten zu sehr gestört. Die polizeiliche Hauptarbeit war zudem getan: Allein in Samara wurden mehr als 15 Oppositionelle festgenommen – mal aus Versehen, mal aus Verwechslung, wie die Polizei zumeist nach Stunden ohne großes Bedauern erklärte. Auf den Bahnhöfen in Moskau und Samara machte sie Jagd auf anreisende Aktivisten.

Am Moskauer Flughafen Scheremetjewo hinderte die Staatsmacht am Freitagmorgen gleich 27 Personen am Abflug in Richtung Samara und entblödete sich nicht, dies mit vermeintlich unkorrekten Flugtickets zu begründen. Der Wortführer der Opposition und frühere Schachweltmeister Gari Kasparow, sein nationalbolschewistischer Mitstreiter Eduard Limonow und der Menschenrechtler Lew Ponomarjow durften wie einige ausländische Korrespondenten, die so an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert wurden, nicht an Bord. Ihre Pässe erhielten sie erst zurück, als das letzte Flugzeug nach Samara abgeflogen war. Das absurde Polizeispektakel rundeten Jugendliche der Kremlorganisation „Unsere“ ab, die in weißen Kitteln auftraten, um die Umstehenden „vor der negativen Energie Kasparows“ zu schützen. Sonst werfen die organisierten Jungpaladine des Kremls öffentlich Kasparows Porträt in den Müllcontainer und verkaufen solche Aktionen als „antifaschistisch“.

Quelle: *Die Zeit (Hamburg)*, 21. Mai 2007 <<http://www.zeit.de/online/2007/21/samara>>

Merkel und Putin liefern sich Schlagabtausch

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin haben sich einen harten Streit um die Menschenrechte geliefert. Merkel kritisierte, dass Oppositionsführer gehindert worden seien, zu einer Demonstration in die Wolgastadt Samara zu kommen.

Damit spielte sie auf den Fall des ehemaligen Schachweltmeisters Garri Kasparow an, dessen Namen sie aber nicht nannte. Sie habe „jedes Verständnis“, dass man Demonstranten festnehmen müsse, wenn sie Gewalt anwendeten. „Wenn jemand nichts gemacht hat und nur auf dem Weg zu einer Demonstration ist, ist das aus meiner Sicht eine andere Sache“, sagte Merkel.

Putin entgegnete, solche Maßnahmen würden auch in Deutschland angewandt. Er nannte konkret die Razzien gegen G-8-Gegner in Hamburg im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm. Der russische Staat lasse sich von „marginalen Gruppen“ keine Angst einjagen.

Quelle: *Süddeutsche Zeitung (München)*, 18. Mai 2007 <<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/769/114655/>>

Streit über Verhältnis zu Russland. „Sprengsatz für den europäischen Zusammenhalt“

Einen Tag nach dem spannungsgeladenen EU-Russland-Gipfel haben führende Politiker der Grünen und der CDU die Sozialdemokraten vor einem zu engen Verhältnis zu Russland gewarnt.

Der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer und der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Eckart von Klæden, wandten sich gegen die kürzlich vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck erhobene Forderung, Deutschland müsse „gleiche Nähe“ zu Amerika und zu Russland haben.

Bütikofer schreibt in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (F.A.S.) mit Blick auf Sorgen der neuen osteuropäischen EU-Mitglieder angesichts solcher Forderungen: „Die Äquidistanz-Theorie erweist sich deshalb bei näherem Hinsehen als Sprengsatz für den europäischen Zusammenhalt.“ Erst die Verankerung im Westen erlaube Deutschland, eine Brücke zu Russland zu bauen.

Von Klæden äußert ebenfalls in der F.A.S.: „Äquidistanz dagegen zu Amerika und Russland ist Wasser auf die Mühlen jener in den neuen Mitgliedstaaten, die ohnehin nicht viel auf die Nato oder die EU geben, eine Sonderbeziehung zu Amerika anstreben.“

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, der SPD-Politiker Martin Schulz, unterstützt dagegen Struck. Schulz sagte der F.A.S.: „Deutschland muss alles Interesse daran haben, dass seine Partnerschaft mit Russland derjenigen mit Amerika mindestens gleichwertig ist.“ [...]

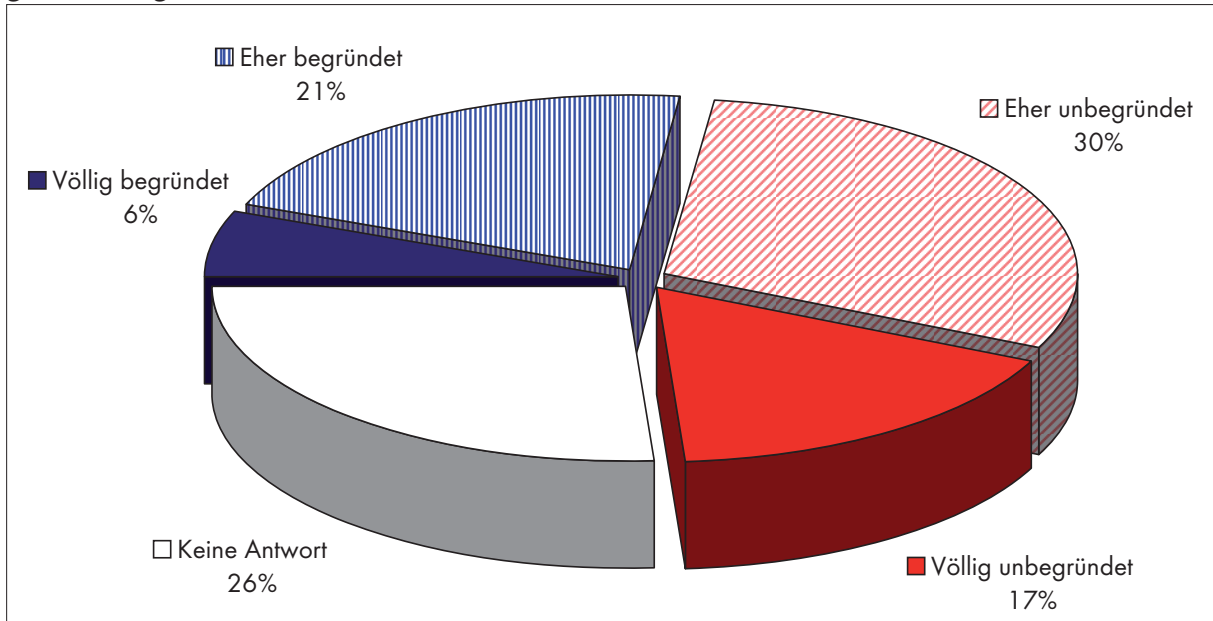
Quelle: *FAZ (Frankfurt)*, 19. Mai 2007 <<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E7DB526A4FAAF488484F5F3C5A320FA77~ATpl~Ecommon~Scontent.html>>

Umfrage

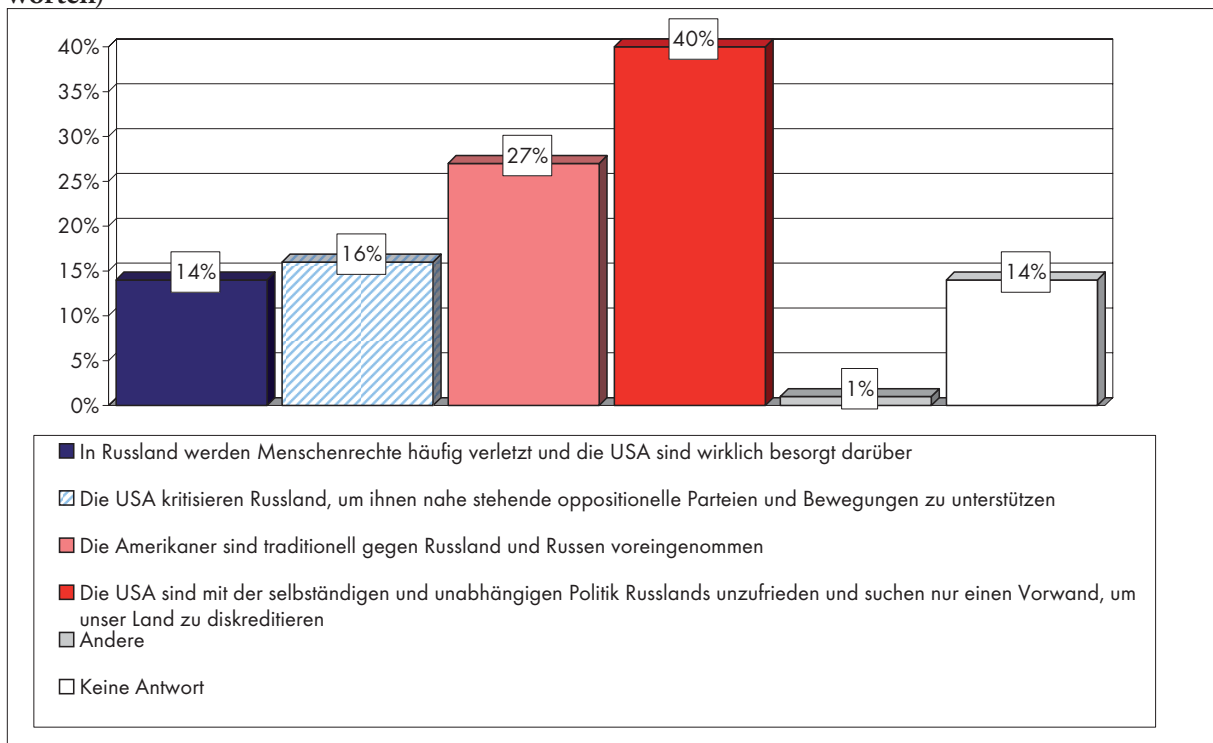
Ausländische Kritik an der Menschenrechtslage in Russland

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 5. und 6. Mai 2007 <<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8209.html>>

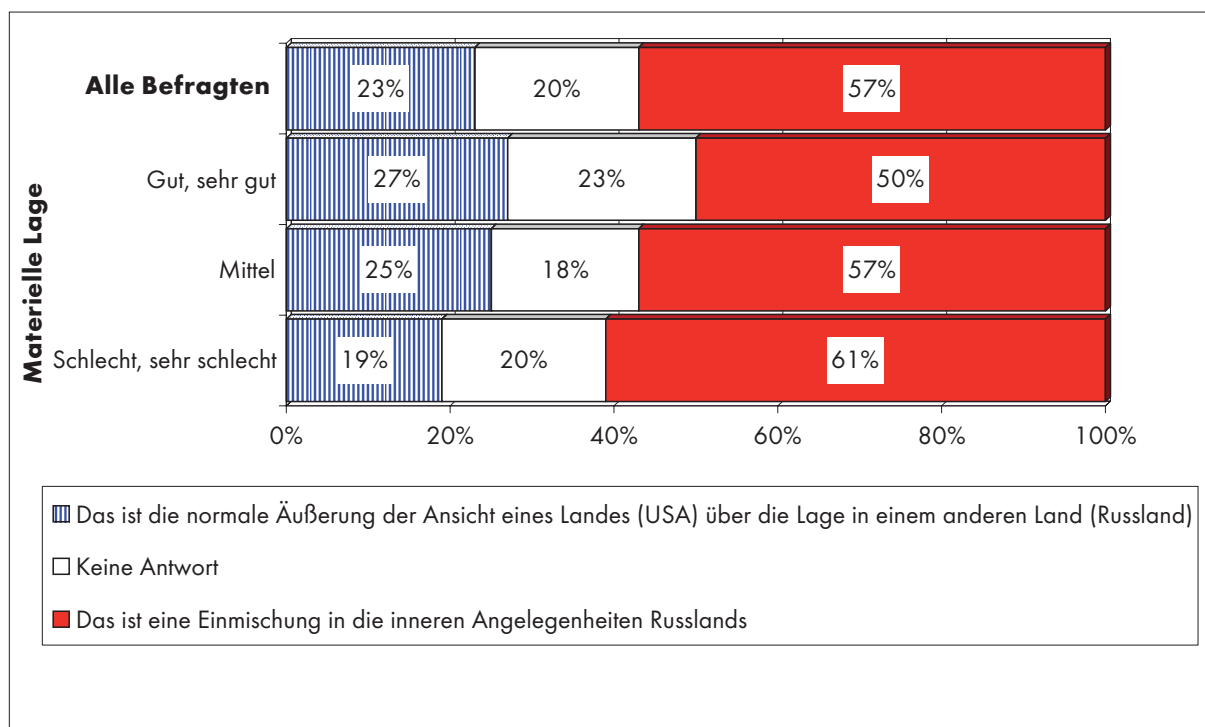
Halten Sie die Kritik des US State Department an der Menschenrechtslage in Russland für gerechtfertigt?



Warum hat das US State Department Ihrer Ansicht nach Russland kritisiert? (bis zu 2 Antworten)



Wie bewerten Sie die Kritik der USA an Russland?



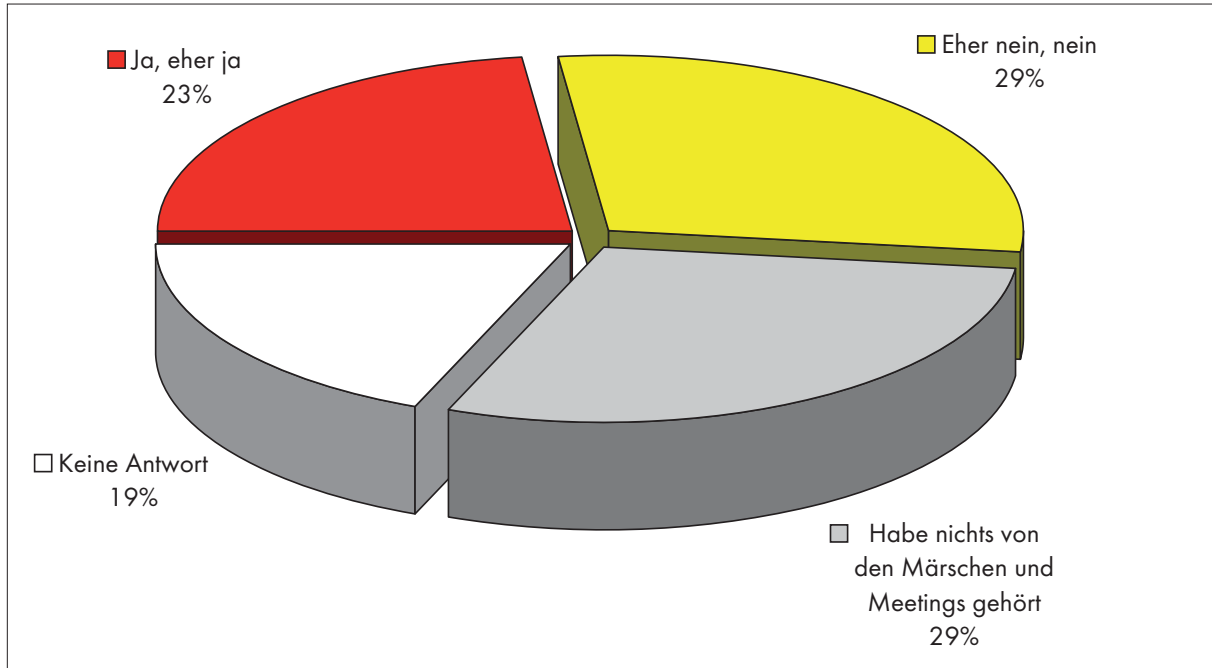
Sind sie mit folgender Kritik an der russischen Führung einverstanden?

	Eher einverstanden	Eher nicht einverstanden	Keine Antwort
Einschränkung der Freiheit des Wortes, Druck auf die Medien	26%	62%	12%
Übertriebene Anwendung von Gewalt bei der Auflösung von Meetings und Demonstrationen	28%	53%	19%
Folter und grausame Behandlung von Häftlingen in Untersuchungsgefängnissen	38%	31%	31%
Kameradenschinderei, irreguläre Verhältnisse in der Armee	73%	17%	10%
Ungerechtfertigte Einmischung des Staates in des Privatleben seiner Bürger (Verletzung des Postgeheimnisses, Abhören von Telefongesprächen usw.)	26%	46%	28%
Begrenzung der Wahlrechte der Bürger	20%	62%	18%
Administrativer und politischer Druck auf das Gerichtssystem, Einschränkung der Unabhängigkeit des Gerichts	33%	33%	34%
Diskriminierung ethnischer, religiöser Minderheiten	20%	57%	23%

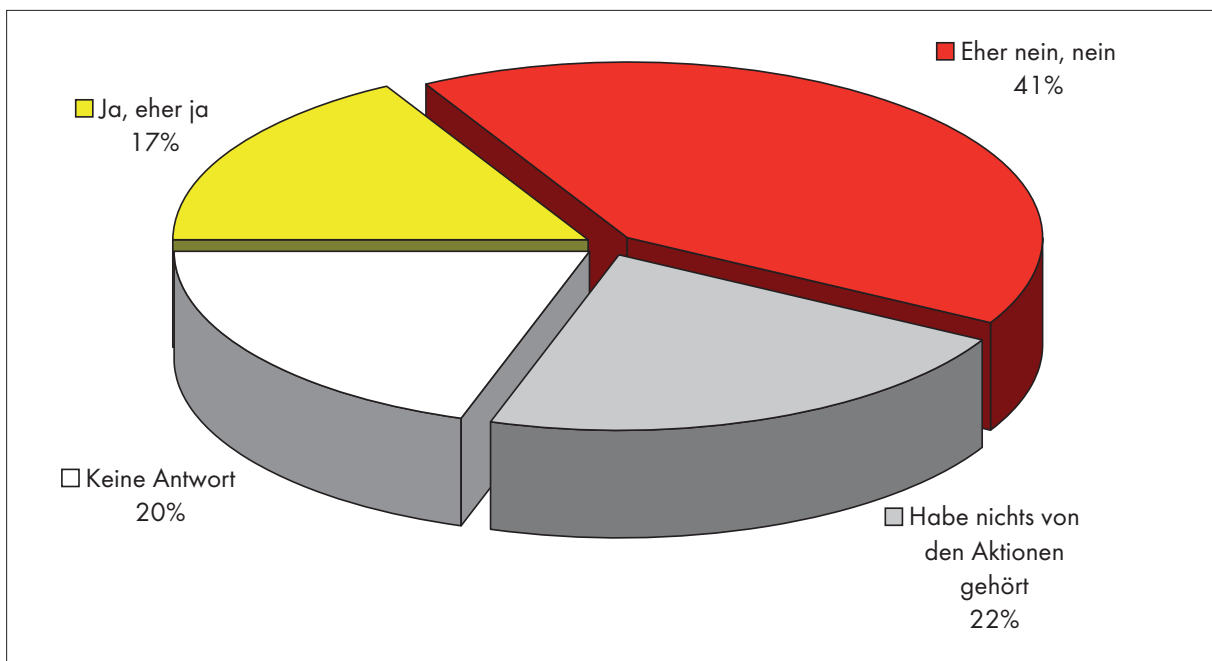
Die „Märsche der Nichteinverstandenen“

Umfragen des Lewada-Zentrums

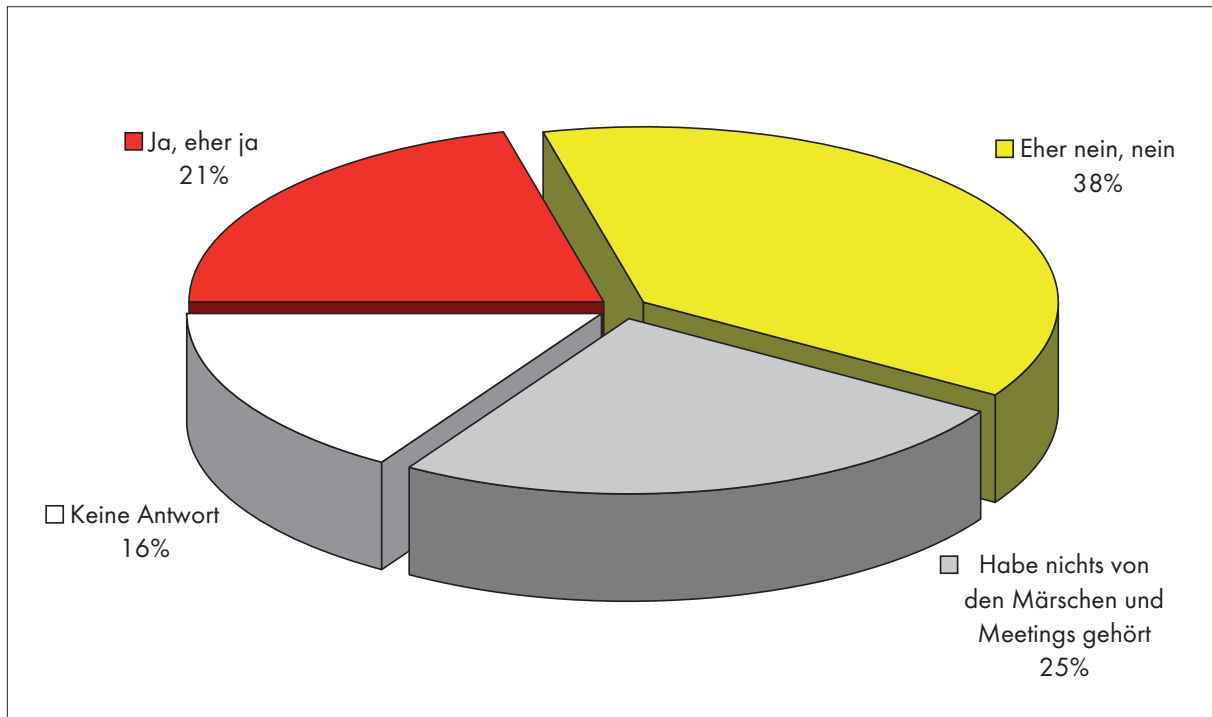
Sind die Parolen der „Märsche der Nichteinverstandenen“ extremistisch?



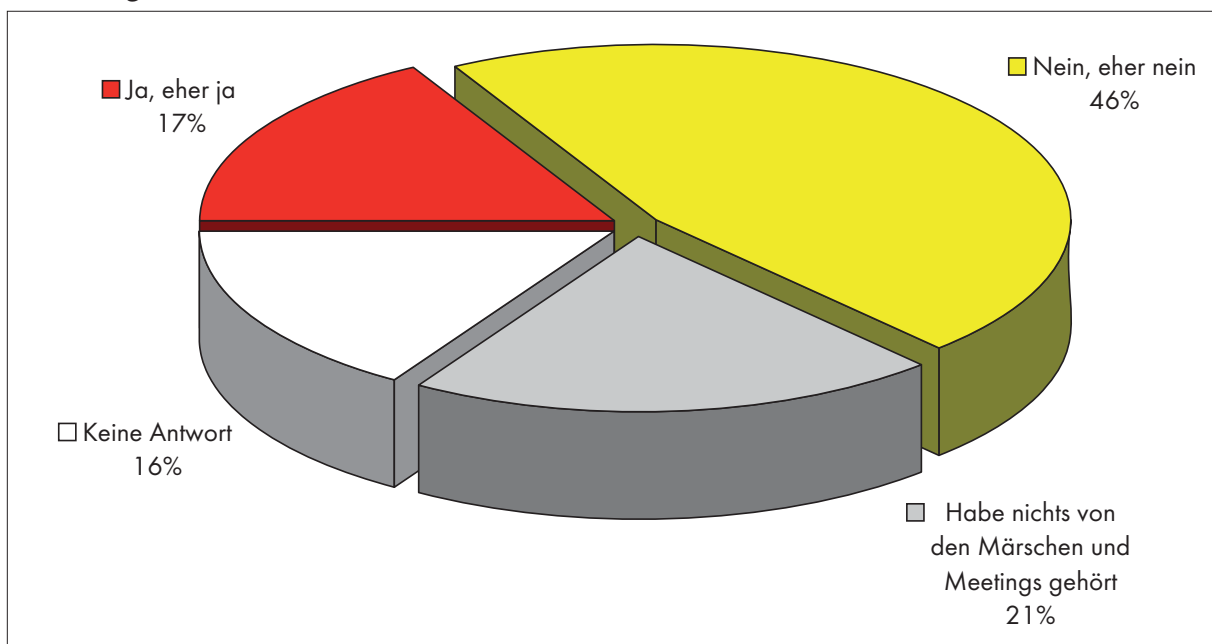
Sind die Parolen der Jugendorganisationen „Unsere“ und „Junge Garde“ vor der estnischen Botschaft extremistisch?



Sind die Verbote der „Märsche der Nichteinverstandenen“ gerechtfertigt?



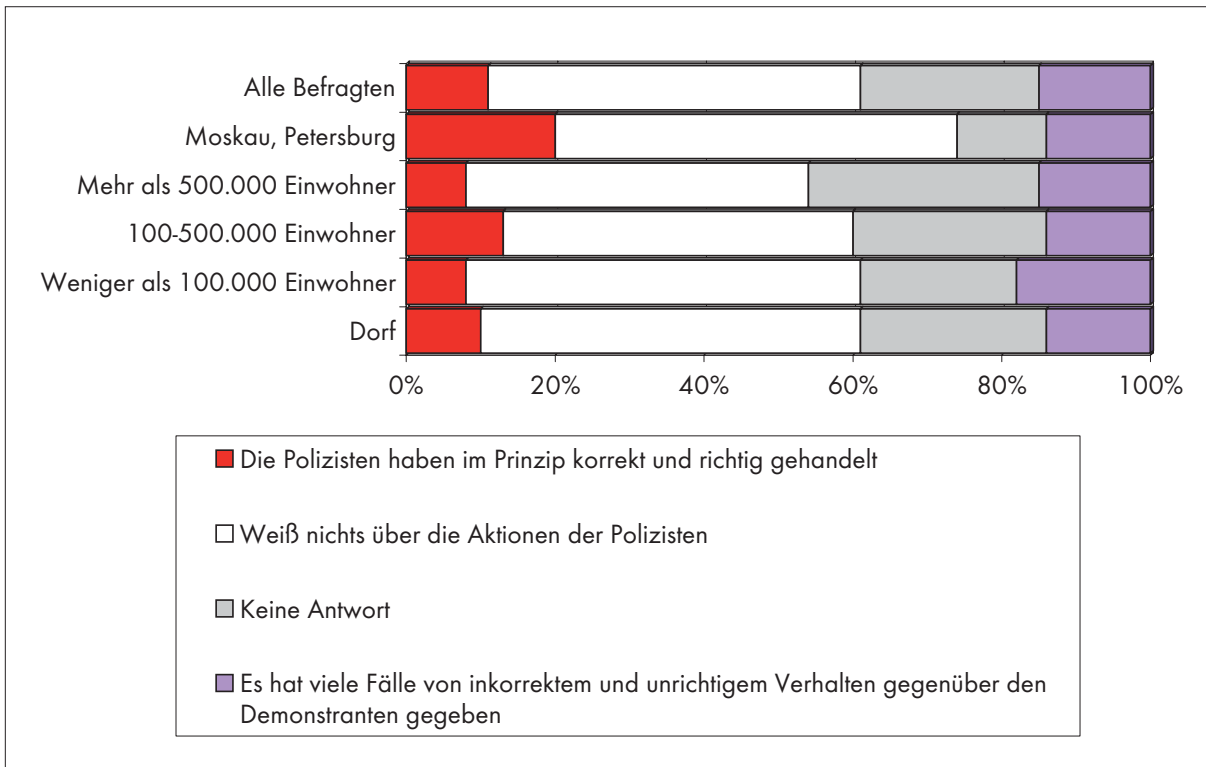
Ist die Anwendung von Gewalt bei der Auflösung der „Märsche der Nichteinverstandenen“ gerechtfertigt?



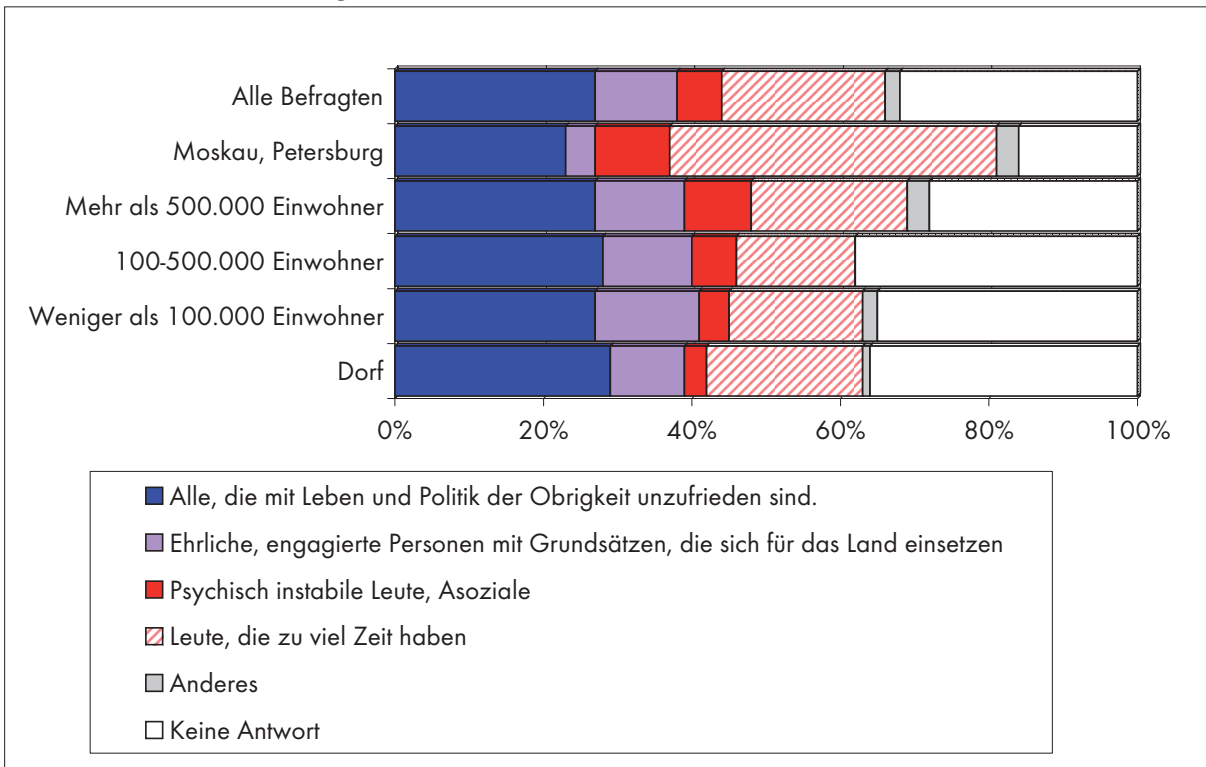
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Mai 2007 <<http://www.levada.ru./press/2007051801.html>>

Umfragen des VZIOM

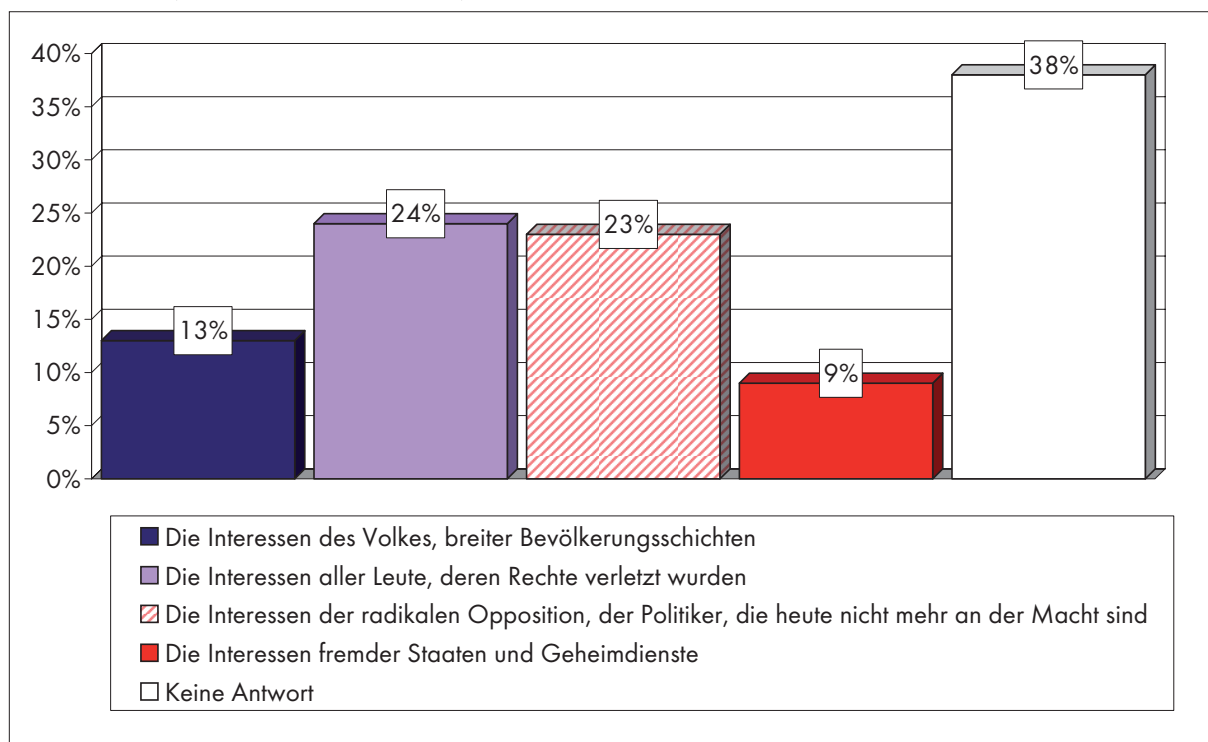
Wie bewerten Sie die Aktionen der Polizisten während der „Märsche der Nichteinverstandenen“?



Wer nimmt Ihrer Meinung nach an den „Märschen der Nichteinverstandenen“ teil?



Was meinen Sie, wessen Interessen verteidigen die Organisatoren der „Märsche der Nichteinverstandenen“? (bis zu zwei Antworten)



In Moskau und anderen Städten gibt es in letzter Zeit „Märsche der Nichteinverstandenen“.

	Alle Befragten	Lebensalter				
		18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 und älter
Ja, verfolge ich aufmerksam	5%	3%	4%	3%	6%	5%
Habe davon gehört	43%	36%	41%	50%	46%	38%
Habe nichts davon gehört	49%	58%	50%	43%	46%	51%
Keine Antwort	3%	3%	5%	4%	2%	6%

Aus welchen Quellen haben Sie Informationen über die „Märsche der Nichteinverstandenen“ erhalten? (beliebig viele Antworten)

	Alle Befragten	Wohnort				
		Moskau, Petersburg	Mehr als 500.000 Einwohner	100-500.000 Einwohner	Weniger als 100.000 Einwohner	Dorf
Fernsehen	42%	65%	47%	39%	41%	36%
Radio	7%	9%	9%	6%	4%	6%
Presse	7%	12%	11%	6%	6%	4%
Erzählungen von Bekannten	5%	6%	4%	8%	4%	4%
Internet	3%	6%	4%	5%	1%	1%
Persönliche Teilnahme	1%	-	1%	0%	1%	1%
Keine Antwort	47%	28%	40%	51%	49%	53%

Was meinen Sie, welche Ziele stellen sich die Organisatoren und Teilnehmer der „Märsche der Nichteinverstandenen“? (Offenen Frage, bis zu zwei Antworten)

Versuch, die Aufmerksamkeit der Obrigkeit auf bestimmte soziale Probleme zu lenken	8%
Destabilisierung der Lage im Lande, Ablenkung der Bevölkerung von den wirklichen Problemen	5%
Kampf um die Wahrung der Bürgerrechte	5%
Versuch, sich von anderen politischen Organisationen abzusetzen	4%
Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik im Lande	4%
Politischer Kampf um die Macht	2%
Persönliche Motive	2%
Keine konkreten Gründe	1%
Anderes	1%
Keine Antwort	72%

Wie stehen Sie zu den „Märschen der Nichteinverstandenen“ und ihren Teilnehmern?

	Alle Befragten	Wohnort				
		Moskau, Petersburg	Mehr als 500.000 Einwohner	100-500.000 Einwohner	Weniger als 100.000 Einwohner	Dorf
Unterstütze sie, bin bereit teilzunehmen	3%	1%	5%	2%	5%	3%
Unterstütze sie, bin aber nicht bereit teilzunehmen	14%	9%	15%	16%	17%	13%
Sind mir gleichgültig	30%	56%	32%	23%	30%	26%
Unterstütze sie nicht, meine aber, dass sie ein Recht haben, an solchen Märschen teilzunehmen	17%	21%	16%	15%	13%	19%
Unterstütze sie nicht und meine, dass solche Aktionen verboten sein sollten	9%	6%	7%	14%	8%	8%
Keine Antwort	27%	7%	25%	30%	27%	31%

Quelle: Umfragen des VZIOM vom 28.–29. April 2007 <<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8180.html>>

Chronik
Vom 17. bis zum 24. Mai 2007

17.5.2007	Der Föderale Zolldienst erhebt vor dem Moskauer Wirtschaftsgericht Anklage gegen die Bank of New York wegen Geldwäsche in den Jahren 1996–1999. Die Streitsumme wird mit 22,5 Mrd. US\$ angegeben.
19.5.2007	Der Inlandsgeheimdienst FSB gibt bekannt, dass am 16.5. zwei Personen verhaftet wurden, da sie die Ermordung der Petersburger Gouverneurin Valentina Matwijenko geplant hätten.
19.5.2007	In Tscheljabinsk (Südrural) demonstrieren 150 Personen gegen die Politik von Präsident Putin. Die Demonstration verläuft ohne Zwischenfälle.
20.5.2007	Bei den Bürgermeisterwahlen in Wolgograd setzt sich der Kandidat der Kommunisten, Roman Grebennikow, mit 32,47% der Stimmen durch. Der Kandidat von „Edinaja Rossija“ erreichte nur 20,35%. Vor ihm lag noch der amtierende Bürgermeister Roland Chermanow (23,85%).
20.5.2007	Vor dem Fernsehsender Ostankino in Moskau demonstrieren 400 Personen gegen politische Zensur im russischen Fernsehen.
20.5.2007	Im Vorfeld seines Österreichbesuchs sagt Präsident Putin Interview mit den österreichischen Medien ab, da das ORF in den Ankündigungstrailer auch Szenen aus dem Tschetschenienkrieg hineingeschnitten hat.
21.5.2007	Die Jugendorganisation „Unsere“ richtet eine Mahnwache vor dem Moskauer EU-Büro ein, um an einen russischsprachigen Jugendlichen zu erinnern, der von der estnischen Polizei in Haft genommen wurde.
21.5.2007	In Kaspijsk (Dagestan) töten die Sicherheitskräfte zwei Untergrundkämpfer. Bei dem Feuergefecht werden ein Polizist und drei Passanten verletzt.
21.5.2007	Außenminister Sergej Lawrow besucht Aserbaidschan und führt Gespräche mit seinem aserbaidshanischen Amtskollegen Elmar Mammadjarow.
22.5.2007	Die britischen Strafverfolgungsbehörden erheben Anklage gegen Andrej Lugowoj wegen Mordes zum Nachteil von Alexander Litwinenko und kündigen an, dass sie die Auslieferung Lugowojs nach Großbritannien beantragen werden. Dieser, ein früherer KGB-Mitarbeiter, hält sich gegenwärtig in Russland auf.
22.5.2007	In Inguschetien wird Achmed Kartojew von Unbekannten entführt. Kartojew hat die Al Azhar-Universität in Kairo absolviert und gilt als gläubiger Muslim. In den letzten 2–3 Jahren sind 150–200 inguschische Muslime entführt worden und „verschwunden“.
22.5.2007	Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass die Untersuchungen im Fall der Ermordung des Stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralbank, Andrej Koslow, abgeschlossen sind. Hauptverdächtiger ist nach wie vor Alexej Frenkel, früher Präsident einer Privatbank.
22.5.2007	Sergej Mawrodi, der Erfinder der „Finanzpyramide“ MMM, wird nach viereinhalb Jahren Haft entlassen. Mawrodi hatte in den frühen neunziger Jahren mit MMM Millionen Russen um ihre Ersparnisse betrogen.
22.– 23.5.2007	Staatsbesuch Putins in Österreich. In der Begleitung Putins befinden sich u.a. Aleksej Miller, der Chef von Gazprom, und die Finanzmagnaten Oleg Deripaska und Viktor Wekselberg. Putin führt Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Auf der Tagesordnung stehen vor allem Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
23.5.2007	Putin nimmt den Rücktritt von Michail Maschkowzew, dem Gouverneur von Kamtschatka an. Maschkowzew tritt zurück, nachdem das Gebiet Kamtschatka und der Autonome Bezirk der Korjaken zu einer neuen Verwaltungseinheit verbunden worden sind.
23.5.2007	Amnesty International veröffentlicht seinen Jahresbericht 2007. In dem Russland betreffenden Abschnitt http://thereport.amnesty.org/eng/Regions/Europe-and-Central-Asia/Russian-Federation werden u.a. Verletzungen der Menschenrechte, Einschränkungen der Pressefreiheit und Behinderung zivilgesellschaftlicher Entwicklungen moniert.
24.5.2007	Bei einer Methangasexplosion in der Zeche „Jubilejnaja“ im Gebiet Kemerowo sterben wenigstens 35 Bergleute. Drei weitere werden noch vermisst.
24.5.2007	Putin beendet seinen Staatsbesuch in Wien und fliegt nach Luxemburg weiter.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de